

Laibacher Zeitung.



Nr. 87. Samstag, 17. April. 1880.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 6.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7.50.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

Amtlicher Theil.

Am 15. April 1880 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und romanische Ausgabe der am 27. und 31. März 1880 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen Blätter XI, XII und XIII des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

(„Br. Ztg.“ Nr. 86 vom 15. April 1880.)

Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht als Pressgericht in Triest hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit den Erkenntnissen vom 31. März 1880, Z. 2204 und 2211, die Weiterverbreitung der Zeitschrift „L'Indipendente“ Nr. 1016 vom 25. März 1880 wegen des Artikels „La discussione di jeri nel Consiglio civico“, beginnend mit „Contrariamento alla nostra aspettazione“, nach § 300 St. G., dann der Zeitschrift „L'Operajo“ Nr. 12 vom 26. März 1880 wegen des Artikels „La Resurrezione“, beginnend mit „Volgendo gli occhi dell' intelletto verso il passato“, nach § 65 St. G., ferner wegen des Artikels „Questione sociale“, beginnend mit „Nel Numero precedente abbiamo“, nach § 302 St. G. verboten.

Das k. k. Landesgericht als Strafgericht in Prag hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 5. April 1880, Z. 7510, die Weiterverbreitung der in Zürich erscheinenden Zeitschrift „Der Socialdemokrat“ Nr. 11 vom 14ten März 1880 wegen der Artikel „Was thun?“, „Frankreich“ und „Rusland“ nach § 305 St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Oesterreichischer Reichsrath.

72. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Wien, 15. April.

Präsident Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministertische: Taaffe, Korb-Weidenheim, Conrad.

Abg. Bodynski legt sein Reichsrathsmandat nieder.

Abg. Roser interpelliert über den Stand der Arbeiten des Ausschusses für die Aufhebung des Zeitungsstempels.

Die Specialdebatte über das Budget wird fortgesetzt beim Capitel 7, „Ministerium des Innern“, Titel 1, „Centralleitung“.

Specialberichterstatler Graf Clam polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Sag, beharrt auf seiner Auffassung, dass die Selbstverwaltung eine Erspahrung herbeiführen könne, und empfiehlt die Annahme der vom Ausschusse beantragten Biffer. Dieses wird angenommen.

Zu Titel 2, „Staatspolizei“, spricht Abgeordneter Kronawetter. Er rügt, dass die Gesetze über das

Bereins- und Versammlungsrecht, über den Schutz des Brief- und Schriftengeheimnisses, das Hausrecht nicht im Geiste der Freiheit gehandhabt werden, und beantragt eine Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, diese Gesetze gleichmäßig gegenüber allen Klassen der Gesellschaft im constitutionellen Geiste zu handhaben. Hierauf wird Titel 2 mit 120,000 fl. unverändert eingestellt.

Zum Titel 4, „Politische Verwaltung“, spricht Abg. Lenz, um auf die Unzweckmäßigkeit der gegenwärtigen Versammler hinzuweisen.

Ministerpräsident Graf Taaffe erklärt, dass er sich der Nothwendigkeit einer Reorganisation der Versammler nicht verschließen werde. Es seien bereits acht Einnahmsfilialen in der Errichtung begriffen und weitere Filialen in Aussicht genommen.

Abg. Kronawetter wünscht eine Klarstellung des Eigenthumsverhältnisses des Wiener und Prager Versammlers und beantragt eine Resolution, betreffend die Herabsetzung des Zinsfußes im Versammleramt. — Titel 4 wird hierauf angenommen.

Zu Titel 6, „Staatsbaudienst“, ergreift Abgeordneter Friedmann das Wort und betont, dass der Staatsbaudienst nicht das Entsprechende leiste, um für das allgemeine Wohl ersprießlich zu wirken. England habe seine Handelspolitik, Frankreich seine Industriepolitik, aber in Oesterreich, das ebenfalls schiffbare Ströme, bewässerungsfähige Gebiete u. habe, geschehe nichts, was zweckentsprechend sei. Die Auslagen für den Staatsbaudienst, für Straßen- und Flussregulierungen seien hinausgeworfen, so lange nicht der allgemeine Verkehr und die Production durch großartige Kanalisierungen und Bewässerungen belebt werde.

Redner beantragt eine Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, Erhebungen darüber zu pflegen, wie sich die Kostenifferenz zwischen der Regulierung und der Kanalisierung der Elbe, Moldau und March stellt.

Abg. Roska wünscht eine solidere Herstellung einiger Straßen in Oberösterreich. Der Titel 6 wird hierauf unverändert eingestellt.

Zu Titel 7, „Straßenbau“, beantragt Abg. Fürnkranz eine Resolution, betreffend die Herstellung einer soliden Brücke zwischen Krems und Mautern.

Abg. Siegl bemerkt, dass der Straßenbau im allgemeinen besser bestellt sein könnte, als es thatsächlich bei einem Aufwande von 4.426,000 fl. der Fall sei. Redner lenkt die Aufmerksamkeit des Ministers auf das nordwestliche Schlesien, welches bisher einer Reichsstraße entbehre, und stellt an denselben die Bitte, die Petition der dortigen Bewohner, um Uebernahme der Bezirksstraße von Freivaldau über Friedberg,

Fauernig und Weißwasser in Staatsregie, zu berücksichtigen.

Abg. Ritter v. Chamiec bespricht den Straßenbau in Galizien, welches durch seine Lage von dem Weltverkehr abgeschnitten sei. Zur Hebung der Production sei es nothwendig, ein rationelles Straßennetz zu schaffen, damit Galiziens Producte dem allgemeinen Verkehrs- und Absatzgebiete näher gerückt werden.

Abg. Ritter v. Skarzewski befürwortet die Umliegung der Reichsstraße in seinem Wahlbezirke. Es wird hierauf der Titel „Straßenbau“ unverändert eingestellt.

Schluss der Sitzung 3 Uhr 15 Minuten. Nächste Sitzung morgen.

Wien, 15. April.

++ Die möglichen oder wahrscheinlichen Consequenzen der Ablehnung des Dispositionsfondes geben den Journalen noch immer Anlass zu mehr oder minder gewagten Combinationen, die jedoch ihren Wert verlieren angesichts der authentischen Versicherung von gewöhnlich gut unterrichteter Seite, dass in maßgebenden Kreisen noch keine entscheidenden Beschlüsse gefasst worden sind. An thatsächlichen Meldungen liegt vor, dass der Herr Ministerpräsident gestern von S. Majestät dem Kaiser empfangen und dass der mit Urlaub in Görz weilende Landesvertheidigungsminister Baron Horst angeblich aufgefordert worden ist, nach Wien zu kommen, um an den Berathungen des Ministeriums theilzunehmen. Mit letzterer Meldung steht das „Tagblatt“ vereinzelt da.

Die Meldung eines Lemberger Blattes, dass das dortige Generalcommando bereits officiell benachrichtigt worden sei, dass der Kaiser zu den Herbstmanövern nach Galizien kommen werde, wird dementiert.

Am Sonntag, den 18. d. M., wird in der hiesigen griechischen Kirche die Inthronisation des neuen Erzbischofs und Metropolitens von Czernowitz, S. M. Andriewicz, im Beisein der Bischöfe von Zara und Cattaro, A. v. Knezevic und Petranovic, stattfinden.

Der belgische Gesandte in Wien, Graf de Jonghe, hat dem Vorstände des Männergesangsvereins, Herrn Dr. Dlschbauer, einen Besuch abgestattet und die Erklärung überbracht, dass die königliche Familie gerührt und entzückt ist über die Absicht des Wiener Männergesangsvereins, die Reise nach Brüssel anzutreten. Es ist nunmehr festgestellt, dass die Mitglieder des Männergesangsvereins am 19. Mai um 9 Uhr abends in Brüssel eintreffen werden.

Die Actionäre der Bodencreditanstalt hielten heute ihre 15. Generalversammlung. Der 1879 erzielte

Feuilleton.

Die öffentlichen Gesundheitsfragen der Stadt Laibach.

Von Dr. Friedrich Keesbacher.

II. Der städtische Gesundheitsrath.

(Fortsetzung.)

Auch wir glauben, dass mit der Errichtung eines städtischen Gesundheitsrathes noch nicht der Stein der Weisen für die Gesundheit der Stadt gefunden sei, allein uns leiten bei der Beurtheilung dieser Frage folgende Gesichtspunkte, die wohl größtentheils aus dem eingangs Gesagten von selbst sich klar abheben.

Der städtische Gesundheitsrath besteht, mit Ausnahme der von der Stadt angestellten Mitglieder: drei Stadtdärzten, dem Stadttingenieur und einem Magistrate, nämlich zwei Gemeinderäthen, zwei Gemeindegliedern und zwei Privatärzten. Beschlüsse und Anträge dieser Körperschaft werden daher dem Stadtmagistrate gegenüber ungleich mehr Autorität besitzen, als die Anträge der angestellten Stadtdärzte thatsächlich genießen. Dadurch, dass auch unabhängige Privatärzte in ärztlichen Fragen ihr Gutachten abgeben, gewinnt der Ausdruck, als von fünf Fachmännern ausgehend, an Bedeutung; übertriebene, die Gemeindefürsorge zu sehr in Anspruch nehmende Forderungen der Aerzte finden ihre Sanierung einestheils in dem Umstande, dass die Aerzte im Gesundheitsrath in der

Minorität sind, und andererseits darin, dass ja der Gesundheitsrath nichts beschließen, sondern nur rathen kann und alle Anträge desselben ohnedies der Beschlussfassung des Gemeinderathes unterliegen. In dieser rein consultativen Stellung des Gesundheitsrathes liegt auch die Sicherheit gegen jede Art Conflict mit dem Magistrat oder Gemeinderathe. Der Gesundheitsrath berathet, der Gemeinderath beschließt und der Magistrat führt das Beschlossene aus.

Der Gesundheitsrath übernimmt in seine Geschäftszugende die Abgabe von Gutachten über ihm vorgelegte Fragen aus dem Gebiete der öffentlichen Gesundheit, er erstattet im Wege der Initiative ihm wichtig erscheinende Vorschläge an die Commune und versteht die Ueberwachung der Stadt hinsichtlich ihrer sanitären Gebrechen; er studiert mit einem Worte die Gesundheit der Stadt, er begeht letztere in ihren einzelnen Theilen, Häusern, Wohnungen, Straßen, Kanälen u. s. w. Das einzelne Mitglied ist also eine Art philanthropischer Volontär im Dienste der Commune gegen die Gefahren der Krankheiten, ähnlich wie dies der freiwillige Feuerwehrmann gegen die Gefahr des Feuers ist.

Aber noch weitere und tiefergehende Bedeutung hat der Gesundheitsrath im Gefolge des städtischen Sanitätsorganismus. Seine Zusammensetzung aus unabhängigen Bürgern nimmt für alle Maßregeln, die der Magistrat über Antrag des Gesundheitsrathes zur Durchführung bringt, diesem das Odium ab; das Studium der öffentlichen Gesundheit setzt den Magistrat in Kenntnis über alle Gebrechen, und was nicht das Unwichtigste ist, er vermittelt das Verständniss zwischen Ma-

gistrat und Publicum. Dadurch, dass er aus gebildeten Menschen aller Berufsclassen zusammengesetzt ist, ist ihm jene Vielseitigkeit verbürgt, deren er unumgänglich bedarf und die seine Anträge mit Erfolg krönt. Dr. Reich sagt über die Gesundheitsräthe: „Nirgends ist Einseitigkeit schädlicher als hier, denn da die medicinische Polizei so viele Gegenstände des täglichen, die Hygiene überhaupt fast alle Momente des gesammten Lebens umfasst, so muss ihre Ausübung Collegien anvertraut sein, welche durch die Mannigfaltigkeit, die ihre Zusammensetzung aus Männern aller Stände und Berufe darbietet, befähigt sind, Polyphen gleich ihre Arme nach allen Richtungen hin auszustrecken, um überall zu helfen.“

Dadurch aber, dass freie Bürger freiwillig sich dem öffentlichen Gesundheitsdienste der Stadt widmen, wird das Interesse des Publicums für diese hochwichtigen Fragen herangezogen und die hygienische Aufklärung befördert, welche die erste Grundlage erfolgreichen Wirkens der Sanitätsbehörden ist. Diese Erwägungen haben denn auch in allen Ländern das Institut der Gesundheitsräthe hervorgerufen, und überall, wo es eingeführt wurde, hat es sich bewährt, in England, Amerika, Frankreich, Belgien, Italien, Deutschland und Oesterreich. In letzterem Staate allerdings zuletzt, doch hat z. B. unsere Nachbarstadt Klagenfurt ihren Gesundheitsrath schon seit längerer Zeit, und doch liegt Klagenfurt bekanntlich nicht in England. Und da nun auch Laibach seinen Gesundheitsrath hat, so wollen wir hoffen, es werde demselben gelingen zu verhüten, dass Laibach auf sanitärem Gebiete das werde, als was es ein bekannter

Reingewinn beträgt 2,013,889 fl. Gold; die Actionäre erhalten außer den fünfprocentigen Zinsen noch eine Dividende von sechs Gulden per Actie. Die Verluste der Anstalt aus dem Jahre 1873 sind jetzt vollständig ausgeglichen.

In Bezug auf die in Ungarn bestehende partielle Ministerkrise verlautet, daß der durch die Wahl des Herrn v. Pechy erledigte Posten eines Communicationsministers vorläufig nicht besetzt werden soll. Das Portefeuille wird vorerst, wie es heißt, der Finanzminister Graf Julius Szapary provisorisch übernehmen. Auch erhält sich das Gerücht vom Rücktritte des Ministers für Landesverteidigung, Szende, und dessen Ersetzung durch Hollan.

In der Affaire des deutschen Theaters in Pest, die so viel Aufregung verursacht hat, ist vorläufig insofern ein Ausweg gefunden worden, als das hauptstädtische Municipium sich zu einer Verlängerung der Lizenz für die deutschen Theatervorstellungen für zwei Monate herbeigelassen hat.

Die aus Ungarn einlaufenden Saatenstandsberichte lauten günstig. Infolge der Aprilregen kann die Futtererzeugung bereits als geborgen betrachtet werden. Die Aussichten auf eine ausgiebige Weizen- und Kornerte gestalten sich von Tag zu Tag besser. Auch der Reys, welcher bereits für verloren galt, hat sich fast allenthalben wieder erholt.

Wie der „Presse“ aus Zürich berichtet wird, gedenkt die schweizerische Creditanstalt, die Nationalbahn, welche sie um vier Millionen Francs erstanden hat, an den Wiener Bankverein zu verkaufen. Es verlautet, daß die Nationalbahn einer zu bildenden Actiengesellschaft übergeben werden soll, welche letztere aus ihrem Kapital auch einen Traject über den Bodensee zur Verbindung mit der Vorarlberger Bahn bei Bregenz herstellen soll.

Deutschland.

Die im Reichstag eingebrachte Vorlage wegen der Consulargerichtsbarkeit in Bosnien und der Herzogovina kann als redender Beleg für die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland aufgefaßt werden. Deutschland gibt uns damit einen eclatanten Vertrauensbeweis und trägt nicht unwesentlich dazu bei, unsere Stellung in Bosnien nach der internationalen Seite hin zu verbessern.

Der Beschluß des preussischen Staatsministeriums in der kirchenpolitischen Frage beschäftigt immer noch die deutschen Blätter. Die „Germania“ erklärt wiederholt den von der Regierung vorgeschlagenen Ausweg als geradezu unannehmbar aus zwei Gründen: einmal könne der Papst seinem Zugeständnis nicht jene Ausdehnung geben, welche das Ministerium erwarte, sodann aber sei die in Aussicht gestellte kirchenpolitische Regierungsdictatur noch schlimmer, als die Herrschaft der Maigesetze. Was diese Vollmachten anbelangt, so stoßen sie allerdings auch liberalerseits auf Bedenken. Es wird ausgeführt, die Maigesetze enthalten bereits einen guten Theil discretionärer Befugnisse, noch mehr die späteren Ergänzungsgesetze; aber es sei doch schon logisch unmöglich, den ganzen übrigen Inhalt sich ohneweiters in discretionäre Form umgewandelt zu denken. Die Regierung hätte wenigstens einige der Punkte angeben sollen, bei welchen und in welcher Gestalt sie sich eine Dispensationsbefugnis als dienlich vorstelle. Die „Köln. Ztg.“ spricht sich sehr hoffnungsfroh aus. Das rheinische Blatt schreibt unter anderem:

Gemeinderath in wenig schmeichelhafter Weise erklärt hat: „das größte Dorf in Krain“.

Die Gründe, welche die Gegner dieser wohlthätigen Institution ins Treffen führten, sind so wenig bedeutender Art, daß es sich kaum lohnt, sie ernst zu nehmen. Wir brauchen keine öffentliche Gesundheitspflege, heißt es da, dafür haben wir den Magistrat, das Bauamt und die Polizei, Laibach ist keine Stadt, liegt nicht in England, es wird Kompetenzconflicte geben. Alle diese Gründe wurden im Laufe dieses Aufsatzes genügend beleuchtet und ihre Nichtigkeit, wie wir glauben, überzeugend dargestellt.

Daß übrigens selbst die Gegner von Sanitätscommissionen deren Nothwendigkeit anerkennen, geht wohl daraus am deutlichsten hervor, daß im Momente der Gefahr alle dafür sind. Käme z. B. die Cholera nach Laibach — wovor uns ein günstiges Geschick bewahren möge, — so würde ohne alle Opposition sicherlich sofort eine Gesundheitscommission installiert werden. Die soll dann Wunder wirken, den seit Jahrzehnten angesammelten Unrath plötzlich entfernen lassen, den Markt überwachen u. s. f. Ist aber die Gefahr vorbei, so legt alles wieder die Hände in den Schoß und ergibt sich dem fatalistischen Abwarten, bis wieder eine Gefahr kommt. Das ist aber eben das Fehlerhafte der Anschauung, daß eine Gesundheitscommission dann was ausrichten kann, wenn die Gefahr schon da ist. Nur durch consequentes und fleißiges Reinhalten der Stadt auch wenn keine Gefahr da ist, wird der Epidemie der Boden entzogen, und kommt sie doch, dann kann man ihr mit Hinblick auf die consequent durchgeführte Reinlichkeit in der Stadt be-

„Päpstliche Anmaßungen, in Syllabus und Encycliken, in Hirten schreiben und auf dem sogenannten Concil von 1870 zum Ausdruck gebracht und bis zu dem Ansprache auf Wiederherstellung der weltlichen Papstherrschaft gesteigert, diese Anmaßungen allein waren es, wodurch der preussische Staat zu seiner kirchenpolitischen Gesetzgebung gedrängt wurde. Zeigt Leo XIII., daß er jene Ansprüche, wenn auch nicht theoretisch, so doch praktisch und in der That aufgeben hat — und es scheint, er ist auf dem Wege dazu — so kann der Staat ohne Bedenken zu einer Milderung der Gesetzesbestimmungen schreiten, die er zur Vertheidigung seiner Machtssphäre gegenüber jenen hierarchischen Anmaßungen zu erlassen gezwungen worden war.“

Aus der Sitzung des deutschen Bundesrathes vom 13. d. M. wird nachträglich bekannt, daß unter den Anwesenden sich auch der Staatssecretär des Reichspostamtes, Dr. Stephan, befunden habe, der sich völlig schweigend verhielt. Man will in diesem Vorgange einen greifbaren Beweis dafür finden, daß der gedachte hohe Reichsbeamte in keiner Weise in seiner Stellung erschüttert sei. Seitens des württembergischen Ministers von Mittnacht wurde auf die Nothwendigkeit hingewiesen, Aenderungen der Geschäftsordnung des Bundesrathes vorzunehmen, damit Vorgänge wie bei der Abstimmung vom 3. d. M. sich nicht wiederholen könnten. Eigene Anträge hatte Herr v. Mittnacht nicht gestellt; man schien zu wünschen, vielleicht aber auch schon zu wissen, daß Preußen die Initiative in dieser Richtung ergreifen wollte. Es liegen denn auch schon preussische Anträge nach dieser Richtung hin vor, welche besonders gegen die jetzige Handhabung der Substitution gerichtet sind. Bei der Abstimmung über die Besteuerung der Postanweisungen u. s. w. enthielten sich übrigens Württemberg, Mecklenburg-Strelitz und Hamburg der Stimmabgabe. Wegen das ganze Gesetz stimmten die drei Hansestädte. Es ist bereits der Entwurf über die Reichsstempelabgaben, wie er im Bundesrathe festgestellt worden, an den Reichstag gelangt. Derselbe dürfte diesertage zur Bertheilung kommen, und damit wäre dem Reichstage die Möglichkeit gegeben, zu Anfang der nächsten Woche in die erste Berathung einzutreten. Daß der Entwurf einer Commission überwiesen wird, ist zweifellos. Der Reichskanzler legt großes Gewicht darauf, diesen Entwurf und jenen der Brausteuer im Reichstage durchberathen und womöglich angenommen zu sehen.

Zur Cabinetsfrage in England.

Die englischen Blätter ergehen sich in zahlreichen Betrachtungen über die Zusammensetzung des künftigen Cabinets. Die Minister werden zweifellos der Königin sofort nach der Rückkehr derselben ihre Portefeuilles zur Verfügung stellen. Nach der Verfassung steht es dem Premierminister zu, der Königin einen Nachfolger vorzuschlagen, denn die Königin handelt stets nur auf Rath und unter Verantwortlichkeit eines Ministers, sei es des abgehenden oder des antretenden, welcher durch Uebernahme des Amtes auch zugleich die Verantwortlichkeit für seine eigene Berufung übernimmt. Die zur Königin Berufenen können selbstverständlich für sich ablehnen und weitere Personen in Vorschlag bringen. Da im vorliegenden Falle eine conservative Regierung unmöglich ist, so handelt es sich nur um eine Verständigung unter den Führern der liberalen Partei, wer Premierminister werden soll.

ruhigter entgegensehen, als dies jetzt der Fall wäre, wenn, was Gott verhüten wolle, eine ernste Gefahr käme.

Wer seine Wohnung jahraus jahrein nicht reinigt, dies aber dann thut, wenn ein Besuch kommt, der kann trotzdem nicht sagen, daß seine Wohnung rein gehalten wird; nur der hält seine Wohnung rein, der nicht erst separat sie zu reinigen braucht, wenn ein Besuch kommt. So ist es auch mit der Stadt. Gesundheitscommissionen zu errichten, wenn die Epidemie schon vor dem Thore oder gar schon innerhalb desselben steht, erinnert an das alte Sprichwort: „den Stall zu schließen, wenn die Kuh schon aus demselben ist“. Diese Erwägung war es auch hauptsächlich, welche unsere Aerzte im Gesundheitsrathe veranlaßte, auf die Ständigerklärung desselben zu dringen, weil sie von der richtigen Voraussetzung ausgingen, nur im Falle der Ständigerklärung etwas Verdienstliches wirken zu können.

Uebrigens haben sich in der Neuzeit alle politischen Stellen des sachmännischen Beirathes versichert, in England und Berlin gibt es eigene Gesundheitsämter an den Centralstellen, das Ministerium in Wien hat seinen Obersanitätsrath, die Statthaltereien und Landesregierungen ihren Sanitätsrath, obwohl denselben eigens angestellte Aerzte (Sanitätsreferent, Landesthierarzt und das Hilfspersonal) zur Verfügung stehen. Alle machen von dem Beirathe der Fachmänner Gebrauch. Sollte dies nur in Laibach allein überflüssig sein?

(Fortsetzung folgt.)

Dem Vernehmen nach begünstigt eine Mehrheit der Minister eine unverzügliche Demission, während die Minorität dafür ist, daß das Parlament zu dem Gehufe zusammentrete, damit ihm die Absicht der Regierung, aus dem Amte treten zu wollen, formell verkündigt werde. Sollte dieses Verfahren eingeschlagen werden, so würde es nothwendig sein, das neue Parlament nach der Vereidigung der Mitglieder um mindestens eine Woche behufs der Bildung eines neuen Ministeriums zu vertagen, worauf eine zweite Vertagung von vierzehn Tagen nothwendig sein würde, welche Zeit die Wiederwahl der Cabinetsmitglieder, welche Sitze im Unterhause innehaben, in Anspruch nehmen dürfte. Sämmtliche Führer der liberalen Partei werden gegenwärtig in London erwartet, worauf dieselben zu einer Berathung zusammentreten werden. Der Marquis von Hartington ist bereits von Lancashire in der Hauptstadt eingetroffen und empfängt mehrere hervorragende Mitglieder der liberalen Partei. Mr. Gladstone trifft in wenigen Tagen in seiner Stadtwohnung ein.

Die „Times“ meinen, daß bei den Speculationen über die Bildung des neuen Cabinets die erste Regel ganz außeracht gelassen worden sei, daß niemand für ein Amt wählbar betrachtet werden dürfe, der bezüglich dessen Pflichten sich starke Meinungsäußerungen erlaubt habe. Die Bildung des neuen Cabinets müsse Lord Granville übertragen werden. Mr. Gladstone habe in einem an Lord Granville gerichteten Briefe seine Stellung niedergelegt, worauf Lord Hartington zum Führer der Partei im Unterhause ernannt worden sei. Lord Granville würde ohne Zweifel bereit sein, unter Mr. Gladstone zu dienen, allein es liege kein Grund zur Annahme vor, daß Mr. Gladstone dies annehmen werde. Damit sei jedoch keineswegs gesagt, daß das Cabinet seiner Unterstützung verlustig werden müsse. Als Cabinetsmitglied ohne Amt werde Mr. Gladstone eine würdige Stellung einnehmen. Es dürfe angenommen werden, daß Lord Granville Lord Derby einladen werde, der Partei zu dienen, welcher er sich kürzlich angeschlossen habe. Das große Siegel werde voraussichtlich wiederum Lord Selborne übertragen werden, während schon seit längerer Zeit davon die Rede sei, daß Mr. Childers sich besonders für das Schatzkanzleramt vorbereitet habe. Der wichtigste Posten im neuen Cabinet sei der eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Lord Hartingtons jüngste Reden berechtigten zu der Annahme, daß er die nöthigen Eigenschaften für jenes Amt besitze. Die Ministerien des Innern, des Krieges und der Marine müßten durch Mitglieder des Unterhauses besetzt werden, und seien Sir William Harcourt, Mr. Forster, Mr. Goschen, Mr. Lowe, Mr. Grant Duff und Sir Charles Dilke als mögliche Candidaten für dieselben zu erwähnen. Lord Northbrook dürfte zum Minister für Indien und der Herzog von Argyll zum Consilpräsidenten ernannt werden.

Die „Morning Post“ behauptet, daß, wenn Mr. Gladstone sogar bereit sein würde, im neuen Cabinet als Schatzkanzler zu dienen, er die Verpöhlungen nicht abschütteln könnte, die er den Birminghamer Radicalen gemacht habe. Dieselben würden ihn sicher an die Zusagen erinnern, die er gemacht, als er einen Radicalen „einen Mann genannt, dem es Ernst sei“. Nur in dem unwahrscheinlichen Falle, daß die Radicalen für den Augenblick darauf verzichteten, eine Rolle zu spielen, und in Gemeinschaft mit den gemäßigten Liberalen handeln, sei es möglich, daß die Partei eine Zeitlang zusammenhalte. Ihre Auflösung sei unvermeidlich von dem Augenblicke an, da die dringendsten Fragen erledigt seien. Sobald dies geschehen, würden die Radicalen auf ihrem Scheine bestehen. Der „Daily Telegraph“ meint, ob der brennende Wunsch des radicalen Elementes in der liberalen Majorität, Mr. Gladstone an der Spitze der Regierung zu sehen, erfüllt werde oder nicht, so sei es doch klar, daß das neue Cabinet Vertreter der Fortschrittspartei einschließen müsse. Diejenigen aber, welche sich einbildeten, daß die Chefs der neuen Administration, wer sie auch immer sein mögen, in stande oder gewillt seien, die auswärtige Politik Lord Beaconsfields aufzugeben, dürften sich auf falscher Fährte befinden.

Mr. Croft, der englische Minister des Innern, hielt am letzten Samstag in Feol-caufway bei Manchester eine Ansprache an die Wähler Mid-Cheshires, in welcher er erklärte, durch den Ausgang der Wahlen keineswegs entmuthigt zu sein. Vielleicht werde niemand größeres Interesse daran haben, daß starke conservative Principien im Unterhause vertreten seien, als gerade Lord Hartington, welcher sich von der mächtigen radicalen Strömung in den Wählerkreisen habe überzeugen können. Sollte derselbe Schwach genug sein, jenen üblen Einflüssen gegenüber nachzugeben, so müsse die conservative Partei ihre Pflicht thun und für die Interessen und Institutionen des Landes eintreten. Herzlich freuen müsse er sich darüber, daß die liberale Majorität im Unterhause stark genug sei, um die Homeruler-Stimmen entbehren zu können.

In dem Schreiben, worin Mr. Gladstone den ihm zugedachten öffentlichen Empfang bei seiner Abreise in London dankend ablehnt, heißt es unter

andern: „Ich bin überzeugt, daß der Empfang in den Augen vieler, und nicht allein in jenen unserer politischen Gegner, ausschließlich als ein zum erstenmale gemachter Versuch betrachtet werden würde, ein Herkommen öffentlicher Freudenbezeugungen in der Hauptstadt des Landes anlässlich der Katastrophe einer Regierung und einer politischen Partei herzustellen, und daß er Gefühle verwunden würde, die wir sowohl achten wie schonen sollten.“

Von den elf Candidaten jüdischen Glaubens wurden während der jüngsten Wahlen fünf zu Mitgliedern des neuen Parlaments gewählt, nämlich: Sir Nathaniel de Rothschild, Liberaler für Aylesbury; Baron Henry de Worms, Conservativer für Greenwich; Mr. Serjeant Simon, Liberaler für Dewsbury; Mr. Arthur Cohen, königl. Rath, Liberaler für Southwark, und Mr. Sidney Woolf, Liberaler für Pontefract. Die erfolglosen jüdischen Candidaten waren: Sir Julian Goldsmid, liberaler Candidat für Rochester; Sir Julius Vogel, Conservativer für Penobyn und Falmouth; Mr. Saul Isaac, Conservativer für Rottingham; Mr. Sidney Stern, Liberaler für Mid-Surrey; Mr. Edmund P. Davis, Liberaler für Ost-Kent, und Mr. Alberman Harvis, Homeruler für die Grafschaft Kildare in Irland. Bei der Parlamentswahl im Jahre 1876 candidirten neun Juden, und fünf wurden zu Unterhausmitgliedern gewählt.

Lord Lytton, der Vizekönig von Indien, hat seinen Posten niedergelegt und ist in Anerkennung der von ihm während seiner Amtszeit geleisteten wichtigen Dienste in den Grafenstand erhoben worden mit dem Titel eines Earls von Lytton in der Grafschaft Derby und Viscounts Knebworth of Knebworth in der Grafschaft Hertford.

Der russisch-chinesische Conflict.

Der „Golos“ veröffentlicht ein Schreiben des Professors Martens über den russisch-chinesischen Conflict, das, nach der in Petersburg herrschenden Ansicht, auf officiösen Informationen beruht. Es wird darin nachgewiesen, daß Rußland verpflichtet sei, Kuldscha zurückzugeben, wenn China für die Sicherheit der russischen Grenzen und für die Ausführung der abgeschlossenen Verträge Garantien gewähre. Die Ausführung des im September 1879 in Livadia unterzeichneten Vertrages, zu dessen Abschluss der chinesische Gesandte, Tschung-How, ermächtigt gewesen sei, werde von der chinesischen Regierung verweigert; Rußland werde sich zu einer Rückgabe Kuldshas nur im Wege freundschaftlichen Uebereinkommens verstehen, der Anwendung von Gewalt aber niemals nachgeben. Der gegenwärtige Conflict mit China sei eine Folge des Umstandes, daß an dem Peking Hofe die von Bogdanoff und Tso-tsun-ton geleitete anti-europäische Partei zur Herrschaft gelangt sei; die Lage der europäischen Bevölkerung in China und die dem Auslande von China gemachten Zugeständnisse würden im Falle eines Krieges zwischen Rußland und China auf das äußerste gefährdet sein, die Niedermetzelung von Europäern sei höchst wahrscheinlich, der Handel mit China werde durch den jetzigen Conflict auf das ungünstigste beeinflusst werden. Von allen in Peking vertretenen Mächten werde auch die allgemeine Gefahr und die Solidarität ihrer Interessen keineswegs verkannt, vielmehr seien alle bemüht, dem Einflusse der anti-europäischen Partei in China entgegenzuwirken und die legitimen Ansprüche Rußlands aufrechtzuerhalten. England sei dabei am meisten betheilig, es sei eine ganzlich ungerechte und falsche Beschuldigung, wenn behauptet werde, daß England den Conflict zwischen Rußland und China veranlaßt habe, der ein Conflict zwischen China und allen civilisirten und bei dem Handelsverkehr mit China betheiligten Nationen zu werden drohe. Der Vertreter Englands in Peking sei unter dem Beistande des russischen Geschäftsträgers auf das emsigste bemüht, die drohende Gefahr zu beschwören.

Tagesneuigkeiten.

Vorläufige Ernteschätzung betreffend das Jahr 1879.

Mit Rücksicht auf das Interesse, welches eine wenigstens vorläufige ziffermäßige Nachricht über die Ernteresultate zu erwecken wohl geeignet ist, veröffentlicht das k. k. Ackerbauministerium einen kurzen Auszug aus den an dasselbe gelangten ziffermäßigen Ernte-Ausweisen vor deren vollständiger Bearbeitung für das statistische Jahrbuch. Derselbe umfaßt die Körnerarten der Hauptgetreidearten und die Wein-ernte, weil diese Producte für den Markt die größte Bedeutung haben.

Die Getreidearten, welche nur in einzelnen, meist kleineren Ländern Wichtigkeit haben, z. B. Spelz, Roggen, Gerste, Hirse, Buchweizen, sind hier nicht in irgend einer Rubrik subsummiert, sondern einfach aufgeführt. Neben den Angaben der Ernte-Ergebnisse in absoluten Zahlen werden hier die Verhältniszahlen mitgetheilt, welche sich aus der Vergleichung mit den betreffenden Durchschnittsernten ergeben.

Die Durchschnitte umfassen die Periode von 1869 bis inclusive 1878, doch fehlt für einige Länder zu diesem Durchschnitte je ein Jahrgang, für einige fehlen deren zwei.

Länder	Ernte in tausend Hektolitern					
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Maïs	Wein
Niederösterreich . . .	942	1907	838	2797	180	881
Oberösterreich . . .	754	1409	727	1675	—	—
Salzburg . . .	160	229	27	277	—	—
Steiermark . . .	747	915	223	1328	1350	543
Kärnten . . .	194	485	172	656	215	1-3
Krain . . .	180	123	160	272	204	183
Tirol u. Vorarlberg . . .	237	428	178	136	446	216
Böhmen . . .	4225	8855	4974	9129	—	7-2
Mähren . . .	1064	2567	1872	3526	177	153
Schlesien . . .	126	430	245	893	—	—
Galizien . . .	3219	4738	3478	9196	1490	—
Butowina . . .	161	224	259	478	1063	0-5
Rüstenland . . .	97	23	61	28	229	21
Dalmazien . . .	51	9	69	6	140	896

Zum Reichsrathe vertretene Länder 12,157 22,342 13,283 30,397 5494 2902

Wenn die Durchschnittsernte jeder einzelnen Frucht durch 100 ausgedrückt wird, so entspricht die Ernte der Frucht im Jahre 1879 nachstehender Procentzahl:

Länder	Ernte in tausend Hektolitern					
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Maïs	Wein
Niederösterreich . . .	75	75	66	80	99	68
Oberösterreich . . .	105	104	96	107	—	—
Salzburg . . .	116	118	83	127	—	—
Steiermark . . .	100	99	92	97	115	117
Kärnten . . .	85	85	92	94	93	212
Krain . . .	94	87	86	84	79	101
Tirol u. Vorarlberg . . .	93	88	93	86	92	61
Böhmen . . .	116	103	111	114	—	89
Mähren . . .	88	82	86	95	123	76
Schlesien . . .	89	79	69	87	—	—
Galizien . . .	90	74	68	100	185	—
Butowina . . .	94	60	59	77	90	—
Rüstenland . . .	39	44	46	44	48	7
Dalmazien . . .	27	21	15	13	28	104

Zum Reichsrathe vertretene Länder . 95 88 83 100 101 79

(Die sensationelle Hinrichtung in Raab.) Die Frage, was mit dem Unglücklichen zu geschehen habe, der nach der am 14. d. M. in Raab vollzogenen Hinrichtung am Leben blieb, ist gelöst. Wie ein Telegramm aus Raab berichtet, ist Takacs an Lungenlähmung gestorben. Diesem Tode aber giengen furchtbare, qualvolle Schmerzen voraus, welche bis zu Ausbrüchen des Paroxysmus führten. Die Aerzte hatten eine Wiedergenesung des Unglücklichen nur dann im Bereiche der Wahrscheinlichkeit erklärt, wenn nicht eine Lungen- oder Gehirnentzündung dazwischen kommt. Die heftigen Fieber-Paroxysmen, von denen er befallen wurde, zeigten jedoch bald, daß der jedenfalls robuste Körper im letzten Ringen mit dem Leben begriffen sei. Gegen Abend schwellen die Halsdrüsen stark an und die Wuthausbrüche des Kranken wurden so heftig, daß man ihn an das Bett gurten mußte. Am Abend zeigte der Puls eine Frequenz von 96 Schlägen. Donnerstag gegen 7 Uhr früh verlangte Johann Takacs etwas Milch. Man gab ihm, der von großem Durste gequält schien, das Verlangte. Hierauf beehrte er abermals Milch und später Wasser. Die Kräfte nahmen dann rapid ab, und der Delinquent erlag schließlich einem Erstickungsanfälle und befreite damit seine Richter von jedem weiteren Zweifel über die Lösung seines Schicksals.

Ueber die Bornahme der mißlungenen Hinrichtung werden aus Raab, 14. d. M., folgende Einzelheiten gemeldet: Ende November 1878 wurden zwei von Bosnien heimkehrende Frauen von zwei Pecher Burtschen Namens Johann Takacs und Paul Gede auf das grauslichste ermordet. Jede der Frauen blutete aus 50 bis 52 Wunden. Die Verbrecher wurden eruiert und einige Monate später vom Raaber königlichen Gerichtshof zum Tode durch den Strang verurtheilt. Paul Gede starb im Gefängnisse noch im Sommer des vorigen Jahres. An Johann Takacs wurde Mittwoch früh um 8 Uhr das Urtheil vollzogen. Die Justificierung gieng sehr rasch vonstatten. Die Vollstreckung des Urtheils nahm gegen 12 Minuten in Anspruch. Der Delinquent wollte vor der Justificierung noch eine Ansprache an das anwesende Publicum halten, aber nach den Worten: „Geehrte Herren, erlauben Sie mir, einige Worte an Sie zu richten“ — winkte der Staatsanwalt dem Henker Rozarek; dieser waltete seines Amtes, und rasch war die Execution zu Ende. Der Arzt constatirte den Tod. Als nun der Körper abgeschnitten und in das Raaber allgemeine Krankenhaus gebracht wurde, wo der Gymnasialprofessor Leopold Bierbauer galvanische Experimente an demselben vornahm, zuckte Takacs und begann zu athmen. Alles erschrak bei diesem Anblide. Das Experiment wurde sofort unterbrochen und der Gerichtsarzt ersuchte den Staatsanwalt, er möge ihm Instruktionen erteilen. Die mittlerweile herbeigeeilten Aerzte erklärten einstimmig, daß dem Delinquenten die Wirbelsäule intact geblieben und er bloß infolge einer Wunde, welche er am Halse habe, und durch die schmerzhafteste Berührung derselben durch den Strick in eine Art Starrkrampf gefallen sei. Die sofort angewendeten Wiederbelebungsversuche hatten den oben geschilderten Erfolg. Von den Aerzten wird als Ursache des nicht tödtlichen Ausgangs der Hinrichtung angegeben, daß der Delinquent einen sogenannten Wolfsrachen hatte, außerdem aber mit stark angeschwollenen Drüsen und Scorbut behaftet war. Unter

solchen Verhältnissen war die Zeit von fünf Minuten, welche der Justificierte am Galgen hängen blieb, zu gering, um den Tod herbeizuführen. Der Justificierte war übrigens ein roher Mensch, der während, vor und nach der Gerichtsverhandlung nicht den geringsten Funken von Menschlichkeit und Reue zeigte, ein fast verthierter Burche.

Locales.

(Constituierung des neuen Landes-Sanitätsrathes.) Vorgeftern fand die Constituierung des k. k. Landes-Sanitätsrathes für Krain für das Triennium 1880—1882 statt. Der Herr Hofrath Dr. Ritter v. Schöppel begrüßte denselben namens der k. k. Landesregierung, betonte dankend die bisherige verdienstvolle Amtswirksamkeit desselben und sprach die Ueberzeugung aus, daß auch der neu constituirte Sanitätsrath in gleicher Weise durch seinen wissenschaftlichen fachgemäßen Beirath der k. k. Landesregierung zur Seite stehen werde. Nachdem Hofrath Dr. Ritter v. Schöppel noch in anerkanntester Weise der Verdienste des nunmehr ausgeschiedenen bisherigen k. k. Sanitätsrathes Dr. Bleiweis gedachte, ersuchte er, die Wahl der Functionäre vorzunehmen. Es wurden gewählt zum Vorsitzenden der k. k. Regierungsrath und Sanitätsreferent für Krain, Dr. Emil Ritter v. Stöckl, und zu dessen Stellvertreter der k. k. Sanitätsrath und emiritierte Professor der Medicin Dr. Franz Schiffer.

(Ankunft des 7. Jägerbataillons.) Wie wir erfahren, wird das krainische Jägerbataillon Nr. 7 auf seiner Fahrt nach Wiener-Neustadt Samstag, den 24. d. M., um 4 Uhr 23 Minuten morgens in Laibach eintreffen, hier jedoch nur einen 1 1/2 stündigen Aufenthalt auf dem Bahnhofe nehmen und schon um 2/6 Uhr mittelft Militär-Separatzuges die Weiterfahrt in den neuen Garnisonort antreten.

(Eröffnung der Casino-Restaurations.) Die vom neuen Pächter, dem bisherigen „Linden“-Wirthe Herrn Carl Simon, übernommene Casino-Restaurations wurde vorgestern eröffnet. Heute abends concertirt daselbst zur Feier der Eröffnung die Theaterkapelle unter der Leitung des Herrn G. Mayer.

(Aus dem ärztlichen Verein.) In der am 7. d. M. in Laibach abgehaltenen Sitzung des Vereines der Aerzte in Krain widmete der Obmann Dr. Schiffer nach Verlesung und Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolles dem verstorbenen hochverdienten Mitgliede Dr. Gerbey einen warmen Nachruf, und gaben die Anwesenden durch Aufstehen von den Sitzen ihre Theilnahme kund. Hierauf stellte Dr. Jento eine von ihm operierte Patientin vor, welche vor zwei Jahren aus unbekannter Veranlassung am grauen Staar vollkommen erblindete. Dieselbe wurde am 19. März operiert mittelst Linearschnitt, modificiert nach Arlt, d. i. Tribektomie und Extraction nach oben. Der Verlauf bei der wegen Ungeschicklichkeit der Patientin im Verhalten höchst mühsamen und erschwerten Operation war ohne Zwischenfall und ganz normal, so daß die Kranke am vierzehnten Tage nach der Operation als geheilt entlassen werden konnte. Das Sehen mit dem operierten Auge mittelst Staarbrille ist nunmehr ebenso vollkommen, wie mit dem gesunden Auge.

Sodann entwickelte Sanitätsrath Dr. Reesbacher in einem fast anderthalbstündigen, freien und eingehenden Vortrage die Frage der Ausfuhr der Mchrung in Laibach, besprach alle bestehenden Abfuhrsysteme, als: Canalisation, Berieselungssystem, das Biernur'sche und Balmaggini'sche, das Fassel- und Patrinen-system in ihrer Eignung für unsere Stadt. Er verwarf das Canalisationssystem als für Laibach ganz unpassend, das Biernur'sche System als zu theuer und nicht genügend erprobt, das Balmaggini'sche als unpraktisch, bekämpfte sodann das Fassel-system als ganz verwerflich, da die Vorzüge desselben durch die damit verbundene, aber nie zu erreichende Reinlichkeit illusorisch werden, sprach sich theoretisch für die Vorzüglichkeit des Berieselungssystemes aus, das aber der Kostenfrage wegen nicht einfuhrbar ist, plaidierte ferner für die Einführung des Senkgrubensystems mit pneumatischer Leerung, beleuchtete schließlich in kurzem die Rehrichtfrage und resumirte seine Anschauungen in folgender, vom Vereine der Aerzte einstimmig angenommenen und nur mit dem Amendement Professor Valentas, die Unzweckmäßigkeit des Fassel-systems im Hinblick auf die Erfahrung hierüber im Civilspitale noch kräftiger zu betonen, versehenen Resolution:

„Der Verein der Aerzte in Krain spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß 1.) der bisherige Modus der Ansammlung und Abfuhr der Mchrungsstoffe, abgesehen von dem primitiven Zustande desselben, durch Imprägnierung des Bodens, Verderbung des Trinkwassers und Berpeftung des Luftkreises durch die schlecht gebauten und nicht luftdicht geschlossenen Senkgruben einerseits und durch die Ausströmung der Gase durch die Oeffnungen der Kanäle in den Straßen und bei der Ausmündung derselben in den Fluß, sowie endlich durch die mit unserm Kanalsystem unzertrennliche Verderbnis des Flußwassers, welches durch die Aufnahme der Mchrungsstoffe auch als Nutzwasser unbrauchbar wird, im höchsten Grade gesundheitschädlich wirkt. 2.) Von

allen bestehenden Abfuhrsystemen eignet sich auch die Durchführung eines einheitlich gedachten, mit gleichmäßigem Gefälle ausgestatteten und allen Anforderungen der modernen Kanaltechnik entsprechenden, selbst mit constanter Durchspülung versehenen Canalisationssystems aus dem Grunde nicht, weil unser Fluss selbst durch die Zufuhr der Mehrungstoffe auf so verbessertem Wege in seinem Werte als Nutzwasser in Frage gestellt würde. 3.) Wohl aber empfiehlt sich für die Stadt Laibach die Durchführung eines nach einheitlichem Plane und unter Zugrundelegung aller neuen Erfahrungen der Bautechnik konstruirten Canalisationssystems unter Festsetzung des obersten und unter keiner Bedingung zu verletzenden Grundsatzes, dass in den Kanälen der Stadt keinerlei Mehrungstoff, sondern nur mehr Nutz- und Naturwasser fließen darf. 4.) Die Einführung einer constanten Durchspülung der Kanäle mit Spülwasser ist in hohem Grade wünschenswert, bei Durchführung des Ausschlusses jeder Art menschlicher Excremente aus den Kanälen aber nicht mehr so dringlich, als dies noch gegenwärtig der Fall ist. 5.) Das pneumatische System des Capitans Viernur ist wegen seiner Kosten und der mangelnden Erfahrung über dasselbe, das Balmaggini'sche System wegen der dagegen gemachten Erfahrungen nicht zu empfehlen, doch steht voraussichtlich der Durchführung desselben die Kostenfrage im Wege. 6.) Das Fasselsystem ist zur allgemeinen Durchführung in Laibach wegen der damit verbundenen Reinhaltung, die im nöthigen Maße erfahrungsgemäß nicht zu erreichen ist, nicht zu empfehlen, ja sogar direct zu verwerfen, da ohne die minutöseste Reinhaltung die Vorzüge des Fasselsystems, als da sind, Bewahrung des Bodens vor Imprägnierung mit Faulstoffen und Geruchslosigkeit der Apparate, illusorisch wird. 7.) Für Laibach empfiehlt sich daher aus sanitären und finanziellen Gründen die Einführung der hermetisch verschlossenen, gut cimentierten, mit constanten Aspiration in den Abortschläuchen versehenen Senkgruben und die Einführung der pneumatischen Ausfuhr unter gleichzeitiger Errichtung einer Abladestätte für die Mehrungstoffe außerhalb der Stadt und unter gleichzeitiger Regelung der Kehrichtabfuhr. 8.) Durch diese Einführung erfüllt die Stadt Laibach nächst der Anlage einer Trinkquellwasserleitung die zwei wichtigsten und ersten Bedingungen zu ihrer Affanierung, daher der Verein der Aerzte in Krain dem löblichen Gemeinderathe die vorliegende Resolution zur eingehendsten Erwägung und Würdigung aufs wärmste empfiehlt. — Zum Schlusse wurde die Vereinskleitung beauftragt, diese Resolution dem löblichen Gemeinderathe mitzutheilen.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 16. April. Die „Pol. Corr.“ kann constatieren, dass die Beurteilung des Sectionschefs Schwegel ohne jede Ingerenz des österreichischen Ministeriums vom Ministerium des Aeußern auf Basis eines von Schwegel eingereichten Gesuches verfügt wurde. — Die „Pol. Corr.“ ist ferner zur Erklärung ermächtigt, dass die Meldung von der Ersetzung des schlesischen Volksschulensinspectors Reznick durch den Director einer slavischen Lehrer-Bildungsanstalt in Böhmen vollkommen erfunden ist.

Budapest, 16. April. Das Abgeordnetenhaus nahm Franhs Antrag, betreffend Einführung der Civilehe, an und lehnte den zweiten Theil des Antrages betreffs Religionsfreiheit mit 107 gegen 94 Stimmen ab. Im Verlaufe der Debatte erklärte Tizza, Religionsfreiheit bestehe in Ungarn ohnehin. Tizza will den Gesetzentwurf bezüglich der Civilehe womöglich noch in dieser Session unterbreiten, weist aber auf bestehende große Schwierigkeiten.

Berlin, 16. April. Der Reichstag nahm die Militärvorlage in dritter Lesung mit 186 gegen 128

Stimmen an. Im Verlaufe der Debatte wurde der Antrag Windthorst's, jüdische Religionslehrer von der Ersatzreservepflicht zu befreien, mit 185 gegen 116 Stimmen abgelehnt, der Antrag des Centrums, Geistliche von der Ersatzreservepflicht zu befreien, mit 161 gegen 151 Stimmen angenommen. Moltke und die preussischen Minister stimmten dagegen.

Belgrad, 16. April. Im Mai wird die österreichisch-serbische Eisenbahn-Convention einer außerordentlichen Skupschtina vorgelegt werden.

Triest, 15. April. (Presse.) Der Schriftsteller und italienische Kammerdeputierte Felix Cavalotti ist gestern mittags hier zur Aufführung seines Stückes: „La sposa di Menecho“ im „Teatro Comunale“ angekommen. Er wurde heute vormittags um 10 Uhr zur Polizei berufen und verlässt infolge der dort gepflogenen Unterredung morgen nachmittags Triest, ohne die Aufführung seines Stückes abzuwarten.

Triest, 15. April. (Presse.) Das am 10. März von Philadelphia abgeforderte österreichische Barkschiff „Nicolo Tomaseo“, 737 Tonnengehalt, erstklassig, 1873 erbaut, der „Associazione Marittima Dalmata“ gehörig, ist, mit 4179 Fass Petroleum nach Triest schwimmend, am Sonntag zwanzig Meilen östlich von Gibraltar vom Blitze getroffen worden und gänzlich verbrannt. Die Mannschaft wurde gerettet und befindet sich in Gibraltar.

Triest, 15. April. Der Statthalter Baron Pretis besichtigte gestern die Straßenbauten bei Samaria und kam über Tomaj, Dutobljé und Wrajinava's mittags in Komon an, wo er nach dem Empfang der Behörden die Schule und die Kirche besuchte. Nachmittags setzte der Statthalter die Inspectionsreise über Tomajovica, Kobiljaglava, St. Daniel nach Wippach und Haidenschaft fort, wo er von Baron Rechbach, dem Bürgermeister und zahlreichen Honoratioren empfangen wurde.

Graz, 15. April. (N. fr. Pr.) Im Gegense zu früheren Meldungen soll heuer nur Eine Landtags-session stattfinden, und werden, wie verlautet, in derselben die Budgets für 1880 und 1881 erledigt werden.

Cilli, 15. April. (Presse.) Der Kriegsminister befürwortet aus strategischen Gründen eine Vicinalbahn Cilli-Lach (Krain) mit dem Anschluss an die Rudolfsbahn.

Budapest, 16. April. (Br. Allg. Ztg.) Hiesigen Blättern wird aus Wien berichtet, dass Sectionschef Schwegel „auf sein Ansuchen“ einen Urlaub für die Dauer eines Jahres erhalten habe.

Baden-Baden, 15. April. Königin Victoria ist heute abends 7 1/4 Uhr per Extrazug von hier abgereist und wird über Straßburg und Luxemburg morgen früh 9 1/4 Uhr in Brüssel eintreffen.

Paris, 15. April. (Br. Allg. Ztg.) Der Bischof von Autun, Herr Perraud, machte dem Pariser Erzbischof lebhafteste Remonstrationen wegen seines an Grévy gerichteten Briefes. Mehrere Bischöfe haben der Regierung die Mittheilung gemacht, dass sie über die März-Decrete Stillschweigen beobachten wollen.

Rom, 15. April. (N. fr. Pr.) Bis zur Stunde ist kein Protest von dem Vatican an die französische Regierung gesendet worden. Die Meldung der „Union“ ist falsch.

Rom, 16. April. In der gestrigen Kammer-sitzung betonte Cairoli die Nothwendigkeit der Beschleunigung der parlamentarischen Arbeiten und verlangte die Vertagung der Interpellationen bis nach beendeter Budgetdebatte. Nach lebhafter Debatte beantragte Spantigatti eine Tagesordnung, mit welcher dem Ministerium das Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird. Depretis ersuchte den Antragsteller, seine Motion zurückzuziehen, und sagte, die Budgetdebatte werde die Gelegenheit zu einem Vertrauensvotum bieten. Spantigatti zog sodann seinen Antrag zurück und die Kammer genehmigte mit großer Majorität die Motion Cairoli.

Petersburg, 16. April. Die „Agence Russe“ sagt: Um dem zwischen der Türkei und Montenegro abgeschlossenen Ausgleich den Charakter der Gesechlichkeit und die definitive Sanction zu verleihen, verlangten die Mächte, dass der Ausgleich zum Gegenstande eines Annerprotokolls des Berliner Vertrages gemacht werde. Es wird demnach keine eigentliche Konferenz stattfinden, sondern einfach ein Einregistrirungsact vorgenommen werden. — Heute wurde folgendes Bulletin ausgegeben: Fürst Gortschakoff klagt über schweren Kopf und Schwäche. Er verbrachte eine unruhige Nacht und hatte Hallucinationen, Appetit fehlt. Das sonstige Befinden ist unverändert.

Charkow, 16. April. (Br. Allg. Ztg.) Ein junger Arzt S. wurde todt in seinem Zimmer gefunden. Es soll dies ein Opfer des geheimen Nihilisten-Gerichtes sein. Der Fall erregt allgemeines Aufsehen.

Skutari, 15. April. Dienstag verlassen die türkischen Truppen das an Montenegro statt Plava und Gusinje abgetretene Gebiet. Drei Bataillone Montenegriner unter Plamenac werden das von den Türken geräumte Gebiet allsogleich besetzen. Jener Theil der Bevölkerung, welcher auswandert, um nicht unter die Herrschaft der Montenegriner zu kommen, wird am Lim und an der Drina sich ansiedeln.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 16. April. Papier-Rente 73.10. — Silber-Rente 73.50. — Gold-Rente 89.30. — 1860er Staats-Anlehen 130.25. — Bantacter 839. — Creditactien 284.75. — London 119.10. — Silber — — — — — R. f. Münz-Ducaten 5.61. — 20-Franken-Stücke 9.49. — 100-Reichsmar. 58.60.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Ungarische Prämien-scheine. Bei der am 15. April in Budapest vorgenommenen 37. Verlosung des ungarischen Staatsprämien-Anlehens vom Jahre 1870 per 30,000,000 fl. wurden die nachfolgend aufgeführten achtundzwanzig Serien gezogen, und zwar: S. 827 1380 1416 1747 1853 1861 1884 4121 2211 2829 2853 2867 3621 3728 3729 3802 3932 3964 4121 4629 4830 5062 5587 5590 5688 5856 5934 und 5966. Und diesen Serien fiel der Haupttreffer mit 100,000 fl. auf Serie 3728 Nr. 42; der zweite Treffer mit 10,000 fl. auf S. 3964 Nr. 25 und der dritte Treffer mit 5000 fl. auf S. 1861 Nr. 27; ferner gewannen je 1000 fl. S. 1747 Nr. 39, S. 827 Nr. 10, S. 4121 Nr. 43 und S. 4830 Nr. 8; je 500 fl. S. 28, Nr. 9, S. 1380 Nr. 4, S. 2867 Nr. 47, S. 5688 Nr. 28, S. 5688 Nr. 20, S. 5688 Nr. 23, S. 827 Nr. 20, S. 3932 Nr. 24, S. 5587 Nr. 1, S. 3932 Nr. 6, S. 3729 Nr. 29, S. 1884 Nr. 4, S. 2121 Nr. 10, S. 5966 Nr. 29, S. 3932 Nr. 42, S. 3964 Nr. 22, S. 4121 Nr. 36, S. 3802 Nr. 11.

Angekommene Fremde.

Am 15. April.

Hotel Stadt Wien. Holzer, Flandrat, Klug, Beran, Rosenbergs und Koller, Kaufleute, Wien. — Berger, Kaufm., Mannheim. — Stan, Kaufm., Lyon. — Borovitz, Kaufm., Prag. — Gramer, Privat, Gottschee. Hotel Elephant. Gräfin Attems Josefina sammt Tochter; Nobile Lodovico Rubelli, Maler, und Koschar, t. t. Feldtapan in Pension, Görz. — Cartesio, Kaufm., Fiume. — Seligmann und Porges, Wien. — Westler. Kaiser von Oesterreich. Jovanovic, Geometer, Zara. — Bogacnik, Podnart. — Her, Reichsdorf. — Florjancic, Bielschlad. Baierischer Hof. Blazon, Pferdehändler, Udine.

Lottoziehung vom 14. April:

Brünn: 38 32 88 49 16.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anhalt des Himmels, Niederschlag in Millimetern. Data for April 16, 17, 18, 19.

Tagsüber wechselnde Bewölkung, die Alpen klar. Tagesmittel der Wärme + 13.7°, um 4.4° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht.

Wien, 16. April. (1 Uhr.) In Renten und Montanpapieren fühlte und documentierte die Speculation das Bedürfnis der Entlastung. Andere Werte blieben fest.

Large table with multiple columns listing various financial instruments: Grundentlastungs-Obligationen (Böhmen, Niederösterreich, Galizien, etc.), Actien von Banken (Anglo-östr. Bank, Creditanstalt, etc.), Actien von Transport-Unternehmungen (Alfölb-Bahn, Donau-Dampfschiff-Gesellschaft, etc.), Franz-Joseph-Bahn, Galizische Carl-Ludwig-Bahn, etc., and Goldsorten (Ducaten, Napoleonsd'or, etc.).

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 73.10 bis 73.20. Silberrente 73.60 bis 73.70. Goldrente 89.30 bis 89.40 153.60 London 119.10 bis 119.25. Napoleons 9.49 bis 9.49 1/2.